



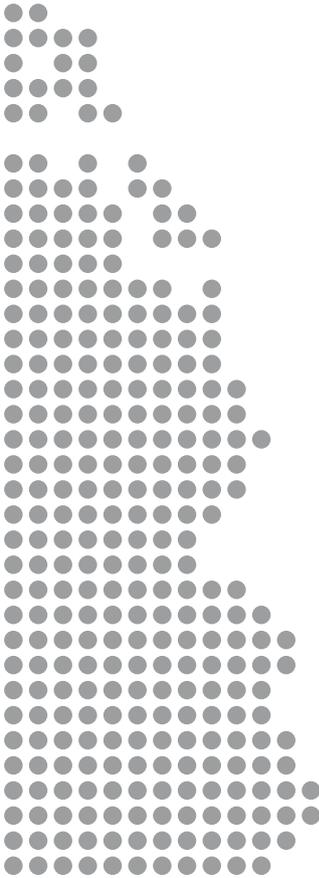
*Türkische Gemeinde in Deutschland
Almanya Türk Toplumu*

UNSERE GRUNDSATZPOSITIONEN

Institutioneller Rassismus

Bildung und Kultur

Staat - Gesellschaft - Religion





© Andreas Schwarz



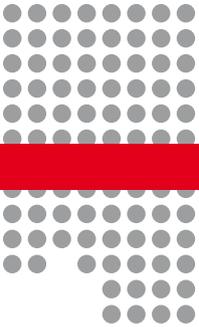
© Daniel Pasche



© Viviane Wild



© Viviane Wild



STAAT – GESELLSCHAFT – RELIGION

Die Türkische Gemeinde in Deutschland vertritt die Interessen von Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Zugehörigkeit. In dieser Funktion stellen wir fest, dass die gegenwärtigen Diskurse zu Islam und Muslimen in Deutschland für unsere Mitglieder eine unmittelbare Relevanz besitzen. Daraus erwächst unsere Verantwortung, Stellung zu religionspolitischen Themen zu beziehen, wobei wir als säkularer Verband unseren primären Beitrag darin sehen, Diskurse auf der gesellschaftspolitischen Ebene zu prägen. Auf der strukturellen Ebene stehen wir ein für Teilhabe am demokratischen Prozess und möchten innermuslimische Debatten voranbringen und begleiten.



Die Türkische Gemeinde bekennt sich zu einem Gesellschaftsentswurf, der auf Toleranz, Freiheit, Partizipation und Gleichberechtigung für alle Bevölkerungsgruppen und auf allen Ebenen aufgebaut ist. Wir verstehen Diversität als positive Ressource und engagieren uns für eine multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft, in der sich alle in Deutschland lebenden Menschen gleichermaßen zugehörig und wohl fühlen können.

Aus dem historischen Erbe einer Geschichte, die auch von konfessionellen Konflikten und Religionskriegen geprägt war, hat Deutschland es nach 1945 geschafft, sich ein friedliches und demokratisches Regierungs- und Wertesystem zu geben. Die Werte Deutschlands basieren neben christlichen auch auf humanistischen und aufklärerischen Werten. Spätestens mit der Migration von türkeistämmigen Menschen im Rahmen der Anwerbeabkommen der 1960er Jahre, wird Deutschland auch von Menschen geprägt, die sich als Muslim*innen verstehen. Mittlerweile haben laut Schätzungen etwa vier bis fünf Millionen Muslim*innen aus allen Teilen der Welt ihren Lebensmittelpunkt in unserem Land. Diese Menschen sind und bleiben Teil von Deutschland – ebenso wie die Religion, die sie hier seit Jahrzehnten vollkommen friedlich und im Einklang mit den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wie selbstverständlich praktizieren und bewahren.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Gesellschaft muss sich deshalb mit der Idee anfreunden, dass Deutsche*r ist oder werden kann, wer sein Leben mit den Werten des Grundgesetzes vereinbar sieht – ganz gleichgültig seiner oder ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit.

In Bezug auf die rechtliche Anerkennung des Islam in Deutschland sowie in Würdigung der vielfältigen muslimischen Lebensrealitäten ergeben sich für die Türkische Gemeinde in Deutschland folgende Grundsatzpositionen:

- Der Islam genießt wie jede andere Religion den Schutz durch unseren Staat. Es ist schon lange Realität, dass die muslimischen Menschen in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern in einem mehrheitlich nicht-muslimischen Land selbstverständlich zu Bürger*innen geworden sind. Die grundgesetzkonforme Auslegung des Islam ist daher für die überwiegende Zahl der muslimischen Bürger*innen seit Jahrzehnten gelebte Realität.
- Die Gleichbehandlung von Religionen ist in unserer Verfassung vorgesehen und wir erwarten daher die ehrliche Anstrengung des Staates, eine staatsvertragliche Anerkennung für auf dem Boden der Verfassung stehende muslimische Organisationen zu ermöglichen.
- Die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Moscheegemeinden ist verfassungsrechtlich garantiert. Aus Sicht der TGD bedeutet dies nicht nur die Unabhängigkeit vom deutschen Staat, sondern auch von ausländischer Einflussnahme. Es müssen Wege und Strukturen gefunden werden, die die politische und finanzielle Eigenständigkeit gewährleisten.
- Wir begrüßen die weitere Professionalisierung der muslimischen Zivilgesellschaft, zu der auch die muslimischen Verbände gehören. Damit verbunden ist aus Sicht der TGD auch die kritisch-produktive Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit. Die muslimischen Verbände sind Teil unserer Gesellschaft und sollten über dieselben Rechte und Pflichten verfügen wie andere religiöse und zivilgesellschaftliche Organisationen.



- Die Aushandlungsprozesse einer sich ändernden Gesellschaft benötigen viel Zeit, müssen sich organisch entfalten und von Musliminnen und Muslimen in Deutschland selbst aktiv mitgestaltet und von ihnen mitgetragen werden. Diese Prozesse begrüßt die TGD und möchte sie begleiten.
- Die öffentlichen Diskurse um Islam und Muslime in Deutschland sind überwiegend als defizitorientiert, pauschalisierend und mitunter auch als politisiert zu bezeichnen. Dies wirkt sich negativ auf das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen und Communities aus. Ängste sowie Skepsis in Bezug auf Islam und Muslime bis hin zu anti-muslimischem Rassismus reichen mittlerweile bis weit in die Mitte der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Die TGD setzt sich daher für eine Versachlichung und Differenzierung der Diskurse ein. Bei der notwendigen Bearbeitung von bestehenden Missständen und Herausforderungen dürfen nicht die individuellen und kollektiven Erfolge und Beiträge muslimischer Akteure für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vergessen werden.
- Trotz der realen Gefahr, die von extremistischen Gruppierungen ausgeht, die sich auf den Islam beziehen, dürfen religions- und integrationspolitische Fragen im Zusammenhang mit dem Islam nicht rein unter dem Aspekt der Sicherheitsrelevanz verhandelt werden. Dies verstärkt nicht nur die Vorbehalte innerhalb der sogenannten Mehrheitsgesellschaft gegenüber Islam und Muslimen. Gleichzeitig erschwert der rein sicherheitspolitische Blick, notwendige Prozesse in Bezug auf die Professionalisierung und Institutionalisierung muslimischer Organisationen in Deutschland.
- Religionspolitische Fragen in Bezug auf Islam und Muslime in Deutschland werden meist in einer wechselseitigen Verbindung mit dem Themenfeld Integration verhandelt. Aus Sicht der TGD ist jedoch darauf zu achten, dass sehr viele Fragen keineswegs dem Aspekt Religion oder gar dem Islam zuzuordnen sind. Andersherum sollten auch nicht alle religionspolitischen Fragen mit dem Politikfeld Integration verknüpft werden. Die sogenannte Islamisierung der Integrationsdebatte ist aus Sicht der TGD nicht zielführend und muss deutlich zurückgeschraubt werden.

**Vielfalt leben – für eine
plurale Gesellschaft**

**Engagement – für eine
lebendige Demokratie**



**Türkische Gemeinde in Deutschland
Almanya Türk Toplumunu**

www.tgd.de

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.

Obentrautstr. 72

10963 Berlin

Tel.: 030 89683810

info@tgd.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Titelbild: Katharina Gürsoy

Gestaltung: Simone Schmidt, grafik.design

Stand: 12/2019

Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingspapier.